

Konsumverzicht als Übernahme politischer Verantwortung?

Theoretische Überlegungen im Anschluss an Iris Marion Young

Vincent Gewert

1. Einleitung

Berechnungen des Climate Action Trackers zufolge steuert die Welt auf eine Erderhitzung von 2,7°C zu. Keine Regierung erfüllt mit ihrem derzeitigen Ambitionsniveau die Anforderungen des Pariser 1,5°C-Ziels.¹ Angesichts der möglichen Folgen kann diese Bilanz von 30 Jahren staatlicher Verhandlungen durchaus beunruhigen.

Mindestens ebenso bedrückend kann allerdings auch die Vorstellung sein, im Angesicht der ökologischen Krise der *eigenen* Verantwortung nicht gerecht zu werden. Klimawandel, Artensterben und Ressourcenübernutzung erodieren die Lebensgrundlage heutiger wie künftiger Generationen – dürfen Einzelne hier schlicht zu- bzw. wegsehen? Ist es nicht die Pflicht jedes Individuums, einzuschreiten oder die Situation zumindest nicht weiter zu verschlimmern? In anderen Worten: Was ist die Verantwortung Einzelner für ökologische Nachhaltigkeit?

In der öffentlichen wie in der akademischen Debatte werden vor allem zwei Antworten auf diese Frage bemüht: *Konsumverzicht* und *politisches Engagement*. Die eine Seite verweist auf Konsument*innen als »schlafende[...] Riesen«, die eine sozial-ökologische Transformation »von unten« befeuern könnte (Hannen 2013); skeptische Stimmen sehen in der Bewältigung globaler Krisen jedoch eine strukturelle Überforderung der Verbraucher*innen sowie eine illegitime

1 Etwa jährlich aktualisierte Angaben sind online einsichtig: <https://climateactiontracker.org/>

Privatisierung genuin politischer Fragen. Nur vehementer Protest gegen träge Regierungen und Konzerne könne die ökologische Krise noch stoppen (Klein 2015). Die Frage, worin genau die moralische Verantwortung² von Individuen hinsichtlich sozialer Makrophänomene besteht, möchte dieser Beitrag im spezifischen Kontext ökologischer Krisen aufgreifen. Dabei soll jedoch insbesondere die Dichotomie zwischen privatisierender Konsum- und massenmobilisierender Systemkritik nicht ungeprüft gelassen werden. Stattdessen möchte ich der Frage nachgehen, *unter welchen Bedingungen und warum gerade Konsumverzicht als Übernahme politischer Verantwortung gerechtfertigt werden könnte*.

Da eine umfassende Analyse dieses politiktheoretischen Problems äußerst voraussetzungsreich ist, konzentriert sich dieser Beitrag auf das normative Verhältnis von Konsumverzicht und politischer Verantwortung und diskutiert dieses auf Basis der Theorie Iris Marion Youngs. Ihre 2011 posthum erschienene Schrift »Responsibility for Justice« (Young 2011) dient als Ausgangs- und Referenzpunkt der hier angestellten Überlegungen.

Youngs Buch verteidigt unter anderem die folgenden Thesen: Zunächst geht sie davon aus, dass es sich bei vielen Problemen sozialer Gerechtigkeit um »strukturelle Ungerechtigkeiten« handelt. Diese sind nicht Ergebnis des Fehlverhaltens einiger weniger, klar definierter Akteure, sondern entstehen im *Zusammenspiel* von diffusen sozialen Strukturen und individuellen Handlungen. Für Young tragen *alle beteiligten Akteure* Verantwortung, das resultierende Unrecht zu beheben – möglicherweise also Staaten, Unternehmen und Individuen gleichzeitig. Anstatt die in Unrecht verwickelnden Handlungen zu unterlassen, gilt es für Young jedoch, gemeinsam an einer *Transformation der zugrundeliegenden Strukturen* zu arbeiten und so die Situation der Geschädigten nachhaltig zu verbessern.

Youngs Fokus auf strukturelle Veränderung scheint individualisierender Konsumkritik eine radikale Absage zu erteilen. Im Folgenden möchte ich allerdings zeigen, dass sich unter Youngschen Voraussetzungen Verzicht durchaus als Übernahme politischer Verantwortung konzeptualisieren lässt. Denn ein zentrales Anliegen von Young war es, neben staatlichen Gesetzen auch *gesellschaftliche Normen* (sowie deren Reproduktion in alltäglichem Handeln) als strukturelle Treiber sozialer Ungerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Werden diese (Konsum-)Normen kollektiv in Frage sowie alternative Lebensweisen in den Raum des gesellschaftlich Möglichen gestellt, handeln die Be-

2 Auch wenn Young die beiden Begriffe differenziert, werden moralische Pflicht und Verantwortung hier zunächst synonym verwendet.

teiligten nach Youngs Terminologie durchaus politisch und können so ihrer Verantwortung für Gerechtigkeit nachkommen.

Der Beitrag ist in vier Schritte gegliedert. Zunächst erscheint eine ausführlichere Darstellung des Problems individueller Verantwortung für makrogesellschaftliche Phänomene sowie gängiger Lösungsvorschläge angebracht (2), ehe Iris Marion Youngs politische Theorie im Licht des vorliegenden Erkenntnisinteresses rekonstruiert werden soll (3). Daraufhin möchte ich über Young hinausgehend argumentieren, dass sich aus den Prämissen ihrer Theorie Verzicht *unter bestimmten Bedingungen* durchaus als politische Verantwortungsübernahme konzeptualisieren lässt. Dies ist insofern relevant, als dass Young diesen Schritt nicht selbst explizit vollzogen hat und er daher aus ihren theoretischen Setzungen erst abgeleitet werden muss (4). Der letzte Abschnitt führt die vorherigen zusammen und verweist unter Rückgriff auf die Arbeiten von Maeve McKeown zur singulären Rolle multinationaler Konzerne in der *Entstehung* struktureller Ungerechtigkeit schließlich noch auf eine Leerstelle in Youngs Werk. Deren Schließung kann allerdings nur als Ausblick in den Blick genommen werden (5).

2. Individuelle Verantwortung für makrogesellschaftliche Probleme

In den Gesellschaften westlicher Industrieländer hat sich bereits seit einigen Jahrzehnten das Bewusstsein breit gemacht, dass alltägliche Handlungen und Gewohnheiten zugleich mit Ungerechtigkeiten globalen Ausmaßes verknüpft sind. Ob Klimawandel und Artensterben oder Menschenrechtsverletzungen entlang globalisierter Lieferketten: Die Konsummuster des Kapitalismus verstricken Verbraucher*innen unmittelbar in seine Krisen. Somit erfahren immer mehr Bereiche des scheinbar ›Privaten‹ (Lebensmittel, Kleidung, Heizungen) eine öffentliche Politisierung (Jäger 2023; Stolle/Micheletti 2013; Lamla 2006: 9–18).

Insbesondere mit Blick auf ökologische Krisen scheint dabei eine *Reduktion* der kollektiven Eingriffstiefe in ökologische Kreisläufe unabdinglich: Es gilt, gesamtgesellschaftlich ein ›Weniger‹ (an CO₂-Emissionen, Müll, Dünger usw.) zu erreichen. Vor diesem Hintergrund scheint es unvermeidlich, den kollektiven Zugriff auf bestimmte Güter (insbesondere Kohle, Öl und Gas) langfristig zu beenden – wobei nach Ansicht von Philipp Lepenies trotz allem Beharren auf libertär verstandenen Freiheitsrechten »Verbot und Verzicht eine wesentliche Rolle [werden] spielen« müssen (Lepenies 2022: 7). Autor Ulrich Wegst

prophezeit sogar, Letzterer werde »zur herausragenden Kulturtechnik unserer Epoche aufsteigen« (Wegst 2021: 8). Ist Verzicht also ohnehin unumgänglich?

Dazu sei zunächst angemerkt, dass die Implikationen langfristiger kollektiver Imperative für die konkrete Alltagsgestaltung heutiger Individuen unterbestimmt sind. Gilt es lediglich, individuelles Konsumverhalten nach Inkrafttreten *staatlicher Vorgaben* entsprechend anzupassen – oder sind Einzelne *unabhängig* von staatlichen Maßnahmen (moralisch) gefordert, gewisse Konsumhandlungen freiwillig zu unterlassen? Nur Letzteres wäre tatsächlich als individueller Verzicht im strengen Sinne zu deuten, denn das »Konzept des Verzichts [...] impliziert stets eine starke Subjektposition, die menschliche Möglichkeit, sich bewusst gegen etwas zu entscheiden« (Heimerdinger 2022: 79). Die Frage nach individueller Verantwortung angesichts ökologischer Krisen im Hier und Jetzt bleibt also zunächst offen, und damit auch die der Notwendigkeit von Verzicht als »Kulturtechnik«. Und dennoch sprechen gewichtige Gründe dafür, Verzicht als moralische Pflicht derjenigen zu sehen, die qua ihres Konsums in die Krisen des 21. Jahrhunderts verwickelt sind.

So hat in der moralphilosophischen Literatur beispielsweise John Nolt – basierend auf dem Anteil eines durchschnittlichen Amerikaners an den globalen Treibhausgasemissionen – den Anteil dieser Emissionen an klimabedingtem Leid auf den Tod zweier zukünftiger Menschen beziffert (Nolt 2011). Auch John Broome kommt zu dem Schluss: Die Emissionen eines durchschnittlichen Amerikaners im Laufe dessen Lebens »will wipe out more than six months of healthy human life« (Broome 2012: 73). Zumindest aus konsequentialistischer Sicht scheint eine Pflicht zu bestehen, anderen Menschen (in Abwägung *aller* Folgen) durch die eigenen Handlungen möglichst geringe Schäden zuzufügen. Dementsprechend simpel scheint Nolt und Broome auch die moralphilosophische Konsequenz: Individuen seien verpflichtet, die entsprechenden Akte zu unterlassen. All diese Vorschläge sollen im Folgenden als *Verzichtsethik* verstanden werden: »jene Ethik [...], die Handlungen auf ein erreichbares Ziel hin untersagt« (Ratliff 2008: 660).

Eine lineare, kausale Verantwortungszuschreibung wie von Nolt und Broome vorgenommen übersieht allerdings, dass klimabedingte Schäden individueller Emissionen sich erst in Wechselwirkung mit weiteren Emissionen sowie durch komplexe biophysikalische Prozesse vermittelt entfalten: »It is not that each individual's emissions actually kill another two people; rather, in combination our emissions destroy a great many people.« (Cripps 2013: 121) Dale Jamieson hat darin bereits 1992 ein fundamentales moralphilosophisches Problem erkannt: Im Gegensatz zu Fällen eindeutiger moralischer Schuld (wie

beispielsweise Einbruch und Raub) fehlt im Fall ökologischer Krisen der unmittelbare Zusammenhang zwischen schädigender Handlung und ausgelöstem Schaden. An die Stelle einer analytisch isolierbaren Interaktion zwischen Täter*in und Opfer tritt ein diffuser Zusammenhang unzähliger, über Raum und Zeit gestreuter Handlungen. Jamieson zieht daraus eine drastische Konsequenz: »Today we face the possibility that the global environment may be destroyed, yet no one will be responsible.« (Jamieson 1992: 149)

Die Vorstellung voneinander unabhängiger Akte isolierter Individuen ist darüber hinaus nicht nur in ihrer Wirkungs-, sondern auch in ihrer Entstehungsgeschichte problematisch. Denn diese moralphilosophische Abstraktion übersieht, dass die realen Individuen kapitalistischer Gesellschaften nur innerhalb bestimmter Rahmenbedingungen handeln, welche ihre Entscheidungen zumindest in Teilen vorstrukturieren (Grunwald 2018: 431f.). Plausibler scheint, dass sich gesellschaftliche Makrophänomene erst aus dem *Zusammenspiel* von Individuen mit *anderen Akteuren* (Staaten, Unternehmen) ergeben, wodurch das jeweilige Handeln aller Beteiligten als durch überindividuelle Strukturen *vermittelt* zu verstehen sein müsste. Erst durch eine genauere Darstellung der Entstehung und der Wirkmächtigkeit solcher Strukturen sowie der daraus resultierenden Handlungsspielräume für gesellschaftliche Akteure ließen sich die moralischen Pflichten Letzterer hinreichend genau festlegen und konkretisieren: Denn derartige Systeme »machen individuelle Verantwortung nicht obsolet, relativieren sie aber« (ebd.).

In Anbetracht dieser Schwierigkeiten verorten viele Autor*innen individuelle Pflichten nicht in Konsumverzicht, sondern in politischem Engagement. Typischerweise wird dieses Argument folgendermaßen entwickelt: Ohne global koordinierte Maßnahmen erscheint die Bewältigung ökologischer Krisen aussichtslos. Wirksame Koordination kann allerdings nur durch die Zusammenarbeit politischer Institutionen gewährleistet werden. So werden Regierungen zum zentralen Adressaten nachhaltigkeitspolitischer Forderungen. Wird eine Regierung dieser Aufgabe nicht gerecht, fällt diese allerdings unmittelbar auf die Staatsbürger*innen zurück: Letztere haben ihre eigene Verantwortung nämlich nur aus Effizienzgründen an Ersterer delegiert und müssen diese nun mittels politischen Engagements zu einem angemessenen Ambitionsniveau drängen (in dieser oder ähnlicher Fassung finden sich solche Argumente in Gardiner 2011: 431–434; Gardiner 2017; Tan 2015; Maltais 2013). Von entscheidender Bedeutung ist hierbei allerdings, dass entsprechende Pflichten unabhängig von individuellen Beiträgen zum Klimawandel bestehen. Verantwortung ist vom Verursacherprinzip vollständig entkoppelt,

stattdessen gründet sie allein in der Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen.³ Paradoxaerweise werden so gewissermaßen moralische Freifahrtscheine zur individuellen Umweltzerstörung ausgestellt, solange parallel nur politische Entscheidungsträger*innen in die Pflicht genommen werden.

Das spezifische Verhältnis zwischen den Handlungen Einzelner einerseits und gesellschaftlichen Makrophänomenen andererseits lässt sich also keinesfalls leicht bestimmen: Es ist zunächst unklar, inwiefern Einzelne (rückwärts-gewandt) für ökologische und soziale Krisen verantwortlich gemacht werden können. Mindestens ebenso vertrackt ist dementsprechend auch die (dann zukunftsgerichtete) Frage, wie es um die moralische Verantwortung der entsprechenden Individuen im Angesicht dieser Krisen bestellt ist.

Zudem scheint es eine auffallende Leerstelle der angeführten moralphilosophischen Literatur zu sein, dass sie die konzeptuelle Unterscheidung zwischen Konsumverzicht und politischer Verantwortung als gegeben unterstellt. Zwar argumentieren Autor*innen wie Broome dafür, dass Individuen *sowohl* zu einer Änderung ihrer Konsumgewohnheiten *als auch* zu politischem Engagement verpflichtet seien (Broome 2012). Dass es sich dabei jedoch um zwei konzeptuell distinkte Arten der Verantwortung handelt, wird unhinterfragt vorausgesetzt.⁴ Dies steht erst einmal in einem Widerspruch zum Selbstverständnis mancher ethischer Konsument*innen, die Verzicht auf Fleisch, ein eigenes Auto oder Langstreckenflüge ja als genuin *politischen Konsum* begreifen (Stolle/Michelletti 2013).

Ist Konsumverzicht also moralisch geboten oder zumindest eine Möglichkeit, der individuellen Verantwortung für Klimawandel, Artensterben usw. gerecht zu werden? Vor dem Hintergrund der obigen Darstellung möchte ich mich diesem Problem im Rückgriff auf die Theorie Iris Marion Youngs (1949–2006) annähern. Ihr letztes Buch setzte sich mit der Frage auseinander: »How shall moral agents think about our responsibilities in relation to

3 Cripps (2013: 68f.) umgeht dieses Begründungsproblem zwar, stellt qua ihres Gedankenexperimentes »swimming teenagers« die Klimakrise allerdings dennoch als reines Aggregat individueller Handlungen dar. Siehe auch Boscov-Ellen (2020) zur Vernachlässigung struktureller Perspektiven in der analytischen Klimaethik.

4 Cripps (2020: 108f.) stellt insofern eine Ausnahme dar, als dass für sie Konsumverzicht Bereitschaft zur Verhaltensänderung signalisiert und so Entscheidungsträger*innen zum Handeln auffordern könnte. Der hier nur angedeutete Umriss der Literatur nennt natürlich nicht alle möglichen Positionen; keine mir bekannte hebt allerdings explizit die umschriebene Dichotomie auf. Den ausführlichsten Überblick liefert Fragnière (2016).

structural social injustice?» (Young 2011: 75). Es bietet also eine systematische Behandlung der hier dargestellten Grundproblematik. Es liegt nahe, zunächst mit einer auf das Erkenntnisinteresse dieses Beitrags zugeschnittenen Rekonstruktion zentraler Thesen und Argumente Youngs fortzufahren, ehe in den folgenden Abschnitten die entsprechenden Implikationen für die Forschungsfrage des Beitrags herausgearbeitet werden.

3. Die politische Theorie Iris Marion Youngs

Young geht zunächst einmal ebenfalls von der Beobachtung aus, dass viele Ungerechtigkeiten in modernen Gesellschaften weder auf wenige Gesetze allein (wie die Rassentrennung in den Vereinigten Staaten) noch auf das Fehlverhalten einer einzelnen Person (wie in Fällen sexueller Belästigung) zurückzuführen sind.⁵ Anhand der Beispiele Obdachlosigkeit sowie der Arbeitsbedingungen der Textilindustrie zeigt sie vielfältige Hintergrundbedingungen auf, die diese »strukturellen Ungerechtigkeiten« zu erwartbaren, systematisch auftretenden Phänomenen unserer Zeit machen: staatliche Gesetze, private Investitionsentscheidungen, Konsumgeschmäcker und -normen, mediale Berichterstattung sowie die internationale oder geschlechtsbasierte Arbeitsteilung (Young 2011: 43–52).

All diese Faktoren begegnen gesellschaftlichen Akteur*innen zunächst einmal als unpersönliche, objektive (ökonomische, soziale oder politische) Strukturen: als beschränkende oder ermöglichende Kanäle, die individuelle Handlungen (vor)strukturieren. Young unterscheidet zwischen drei Arten von in diesem Sinne »gegebenen« Strukturen: erstens *materielle Infrastrukturen*, die sich als Ergebnis vergangener Handlungen in der Gegenwart manifestieren. Verkehrsinfrastrukturen, die verschiedene Formen der Mobilität in unterschiedlichem Ausmaß ermöglichen, sind ein Paradebeispiel solch materieller Vorgriffe auf die Entscheidungen der Gegenwart. Eine zweite Art von Strukturen sind *institutionelle oder soziale Regeln*. Obgleich nicht physisch greifbar, beeinflussen staatliche oder unternehmerische Richtlinien sowie kulturelle Erwartungen individuelles Verhalten doch qua des ihnen inhärenten Sanktionspotentials. Zudem betont Young (drittens), dass soziale Gefüge auch

5 Noch wird den Opfern typischerweise selbst die ›Schuld‹ am eigenen Schicksal zugeschrieben, auch wenn ihnen laut Young durchaus eine Teilverantwortung zukommen kann (vgl. Young 2011: 45).

mit Vor- oder Nachteilen behaftete *soziale Positionen* schaffen. Ein klassisches Beispiel wären hier die unterschiedlichen Positionierungen von Arbeitgeber- und nehmer*innen in kapitalistischen Wirtschaftsprozessen (ebd.: 53–59).

Young hebt also die Rolle unpersönlicher Strukturen in der Entstehung sozialer Ungerechtigkeiten hervor. Dadurch wird diese diffuser; alleinstehende Täter*innen können nicht ausfindig gemacht werden. Zugleich warnt Young allerdings auch davor, die entsprechenden Strukturen zu verdinglichen und so dem gesellschaftlichen Zugriff prinzipiell zu entziehen: Es sei »misleading to reify the metaphor of structure, to think of social structures as entities independent of social actors [...]. On the contrary, a social structure exists only in the action and interaction of persons« (Young 2003: 5; Young 2006: 112). Damit ist für Young nicht nur impliziert, dass Strukturen geändert werden können, wenn sich entsprechende Akteure dazu entschließen; sie geht auch davon aus, dass Erstere erst dadurch (re)produziert werden, dass Letztere in ihrem Handeln auf sie als Hintergrundbedingung zurückgreifen. In anderen Worten ausgedrückt folgt Young hier Anthony Giddens' These der *rekursiven Natur* gesellschaftlicher Strukturen (Giddens 1984: 25f.).

Aufgrund deren tiefgreifender Auswirkungen auf die Lebensaussichten Einzelner sollten Bemühungen um mehr Gerechtigkeit gesellschaftliche Strukturen in den Fokus nehmen. Soweit stimmt Young mit John Rawls überein (Rawls 1971: 7–11, 63f.). Im Gegensatz zu Rawls folgt für sie daraus aber gerade nicht, dass alltägliche Handlungen nicht hinsichtlich ihrer Konsequenzen für Gerechtigkeit bewertet werden könnten. Eine solche Trennung wäre nur möglich, wenn es sich bei den entscheidenden Strukturen um eine begrenzte Anzahl politischer Institutionen handeln würde, die ihre volle Wirkung ohne das Zutun weiterer Akteure entfalten. Doch wie oben gezeigt wurde, sind beide Bedingungen für Young eben nicht gegeben: Vielfältige Strukturen – jenseits staatlicher Regularien – tragen zur Entstehung sozialer Ungerechtigkeit bei, und alle diese Strukturen (re)produzieren sich erst in den Handlungen einzelner Akteure. In Youngs Worten:

»Legal and regulatory institutions are certainly elements of the structural social processes [...] To understand how injustice is produced and reproduced, however, we must also look to the rules and practices of business, communications media, and the leisure and consumption tastes of ordinary people.« (Young 2011: 142; siehe auch ebd.: 65–70)

Youngs Präferenz für die Semantik (dynamischer, vielschichtiger) *struktureller Prozesse* anstelle von (stabilen, begrenzten) Strukturen (ebd.: 53) entspricht diesen Setzungen. Strukturelle soziale Prozesse verweisen auf die Wechselwirkungen, durch die institutionelle Regeln, soziale Normen, materielle Infrastrukturen, staatliche *policies* sowie die Handlungen Einzelner einander wechselseitig reproduzieren und dadurch gesellschaftliche Makrophänomene hervorbringen. Young »unterläuft so die Alternative zwischen objektivistischen Unter- und voluntaristischen Überforderungen der Individuen« (Niesen/Eckes 2013: 11): Sie kann soziale Makrostrukturen in den Blick nehmen, ohne individuelle Verantwortung für sie zu negieren. Strukturelle Ungerechtigkeit liegt dann vor, wenn solche strukturellen Prozesse die Selbstverwirklichungs- oder Selbstbestimmungschancen von Personen(gruppen) unverhältnismäßig stark beeinträchtigen.⁶ So gefasst erlaubt Youngs Konzept struktureller Ungerechtigkeit also einen analytischen Zugriff auf das oben gestellte Problem individueller Verantwortlichkeit: Sie zeigt auf, dass die Handlungen Einzelner zwar durch soziale Strukturen bedingt sind, diese Strukturen aber gleichzeitig auch reproduzieren und somit das Makrophänomen mitkonstituieren. Es gilt nun darzustellen, welches Konzept zukunftsgerichteter Verantwortung für Young aus dieser rückwärtsgewandten Verantwortlichkeit folgt.

Youngs zentrale These ist es hier nun, dass gängige Modelle von Haftung oder Schuld in Fällen struktureller Ungerechtigkeit nicht greifen. Im Anschluss an Hannah Arendt postuliert Young, dass beide stets einen kausalen Zusammenhang zwischen Handlung und (Rechts-)Verletzung erfordern. Darüber hinaus isoliert Schuldzuweisung stets (wenige) Schuldige von (vielen) Unschuldigen und zielt allein auf Wiedergutmachung statt auf Verhinderung zukünftigen Leids.⁷ Beide Erfüllungsbedingungen sind in Fällen struktureller

6 Auf Youngs Verständnis von Gerechtigkeit kann an dieser Stelle leider nicht eingegangen werden (siehe Young 1990). Ebenso wird vorausgesetzt, dass Phänomene wie Klimawandel oder Menschenrechtsverletzungen mit Youngs Konzepten adäquat erfasst werden; neben Youngs eigenem Werk sind hier z.B. die Arbeiten von Sardo (2023) und Sparenborg (2022) erwähnenswert.

7 Der Verdacht liegt nahe, dass Young das Konzept moralischer Schuld hier übergebühlich an das rechtlicher Haftung assimiliert. Prima facie spricht nichts gegen z.B. einen zukunftsorientierten Umgang mit Schuld, und moralphilosophische Ansätze jenseits Youngs Rezeption von Hannah Arendt finden in ihrem Werk kaum Berücksichtigung. Siehe auch Nussbaum 2009: 144f., Beck 2023.

Ungerechtigkeit augenscheinlich nicht gegeben: Die Komplexität des Prozesses verhindert, wie bereits mehrfach betont, dass Einzelne als alleinige, kausale Verursacher*innen einer strukturellen Ungerechtigkeit identifiziert werden können. Darüber hinaus übersieht der im »Haftungsmodell« angelegte Fokus auf Kompensation, dass strukturelle Ungerechtigkeiten systematisch auftreten und Geschädigten somit nur mit ihrer Überwindung langfristig geholfen wäre – was freilich eine Transformation der ursächlichen Hintergrundstrukturen erfordert (Young 2011: 97–100). Und da Young bereits in der Definition struktureller Ungerechtigkeit die Rolle nicht-staatlicher Akteure in deren Entstehung betont hatte, scheiden auch politische Institutionen als alleinige Adressaten von Gerechtigkeitsansprüchen aus (ebd.: 70).

Aus diesen Abgrenzungen entwickelt Young ihr Modell der »Verantwortung aus sozialer Verbundenheit«: »[...] all agents who contribute by their actions to the structural processes that produce injustice have responsibilities to work to remedy these injustices.« (Young 2006: 102f.) Keine kleine Gruppe von Täter*innen, sondern *alle in Ungerechtigkeit Verwickelten* tragen Verantwortung, diese zu beheben. Letztere unterscheidet sich für Young von Schuldzuweisung dabei auch in ihrer praktischen Umsetzung: Verantwortung für Ungerechtigkeit zu übernehmen bedeutet, gesellschaftliche Strukturen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Deren Transformation ist nur durch kollektives Handeln zu erreichen, was zwar nicht immer physische Nähe (man denke an Online-Kampagnen), aber doch ein gewisses Maß an *bewusster Koordination* voraussetzt. Denn auf die verändernde Kraft aggreasierter individueller Protestakte zu hoffen, die rein zufällig gleichzeitig stattfinden, erscheint Young politisch naiv. Kurz gefasst besteht also geteilte Verantwortung für strukturellen Wandel, statt Einzelne zu Kompensation zu verpflichten (Young 2011: 105–113).

Gemäß Youngs Modell tragen die Bürger*innen westlicher Industriestaaten Verantwortung für eine unendlich scheinende Vielzahl sozialer Missstände. Folgt daraus nicht unweigerlich eine Überforderung des Individuums, welches auch eigene Lebenspläne verfolgen oder sich um die unmittelbar Nächsten kümmern möchte? Young erkennt diese Schwierigkeit an, möchte ihr Konzept politischer Verantwortung allerdings nicht als absolute, jederzeit bindende Pflicht verstanden wissen: »We who share responsibility ought to take action, but it is up to us to decide what is reasonable for us to do, given our abilities and our particular circumstances.« (ebd.: 143) Wie genau wir unsere politischen mit anderen Verantwortlichkeiten in Einklang zu bringen haben, lässt sich nicht am Schreibtisch festlegen; unsere je einzigartige persönliche

und soziale Positionierung gibt uns das Recht – aber auch die Aufgabe –, die konkrete Handhabung unserer Verantwortlichkeiten selbst zu bestimmen (ebd.: 143–151).⁸

4. Kollektiv-transformatorischer Konsumverzicht als Übernahme politischer Verantwortung

Ich möchte in diesem Abschnitt mein Argument entwickeln, dass sich unter den Voraussetzungen von Youngs Theorie Konsumverzicht *unter bestimmten Bedingungen* durchaus als Übernahme politischer Verantwortung begreifen lässt. Diese Behauptung wirkt zunächst kontraintuitiv: Young entwickelt ihr eigenes Konzept »politischer Verantwortung« ja gerade in Abgrenzung zum »Haftungsmodell der Verantwortung«, welches darauf abzielt, schädigende Handlungen zukünftig zu unterlassen. Würden Individuen schlicht auf diejenigen Handlungen verzichten, mit denen sie zu gesellschaftlichen Megakrisen beitragen – würden sie zum Beispiel aufhören zu fliegen, Fleisch zu essen, neue Kleidung zu kaufen, ja würden sie sich generell gesprochen in Konsumverzicht üben und so dem materiellen Reichtum des industriellen Kapitalismus weitestgehend entsagen –, würde sie das in unmittelbarem Konflikt mit Youngs Konzept politischer Verantwortung bringen: Sie würden allein, in Isolation von anderen Verantwortlichen handeln, und sie würden ursächliche Hintergrundstrukturen der Ungerechtigkeit gar nicht erst thematisieren. Praktiken dieser Art sollen im Folgenden als *privater Konsumverzicht* gefasst werden. In Carol Goulds Worten verbindet Young globale Ungerechtigkeit mit persönlicher Verantwortung also »not by simply supposing that the global problems can be dealt with adequately through an aggregation of disparate actions by individuals, e.g., by calling on people to live more ethically or in the case at hand to simply avoid buying sweatshop-produced clothing« (Gould 2009: 201; siehe auch Young 2004: 386).

Auf den ersten Blick liest sich Youngs Werk wie eine Absage an eine Ethik des Verzichts, da letztere den individualisierenden, rückwärtsgewandten Kategorien moralischer Schuld verhaftet bliebe. Zudem liegt die Vermutung nahe, dass Konsumverzicht im Privaten auch das Element des Konflikts mit be-

8 Nussbaum moniert, dass diese Konzeption Individuen effektiv aus der Verantwortung entlässt; siehe ihre viel zitierte »free pass objection« (2009: 144f.), auf die aber nicht weiter eingegangen werden kann.

sonders mächtigen Akteuren fehlt, welcher für Young im Zentrum der politischen Arena zu stehen scheint: »Politics usually involves differently positioned agents struggling with one another. Especially when the task is to try to change structural processes so that they are less unjust, the process is likely to be very contentious« (Young 2011: 147). Auch Youngs konkrete Beispiele politischer Verantwortungsübernahme sind an ein solches Verständnis von Politik angelehnt. Sie beruft sich primär auf die *anti-sweatshop*-Kampagnen der frühen 2000er Jahre, die transnationale Konzerne und Regierungen, aber auch Universitäten oder Kirchen mit den Menschenrechtsverletzungen der Industrie konfrontiert und eine strukturelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingefordert hatten. Dementsprechend erfordert sozialer Wandel für sie »criticizing powerful agents who encourage the injustices or at least allow them to happen« (ebd.: 150); »political struggle about state policy must involve vocal criticism, organized contestation, a measure of indignation, and concerted public pressure« (ebd.: 151). Im Anschluss an Charles Tilly kann Young folglich unterstellt werden, politische Verantwortung primär im Rahmen von »contentious politics« verwirklicht zu sehen: Soziale Veränderungen werden durch die aktive Auseinandersetzung mit mächtigen (bei Tilly: staatlichen) Institutionen durchgesetzt (Tilly/Tarrow 2015: 7f.). *Innerhalb* einer solchen Kampagne kann ein *koordinierter* Massenboykott zwar ein effektives Teilelement darstellen (Young 2004: 386), zur Verantwortungsübernahme *qua* Verzicht reicht auch ein Boykott aber nicht aus.

Kurz gefasst ist für Young politische Verantwortung unwiderruflich an kollektives Handeln sowie eine Politisierung relevanter Hintergrundstrukturen geknüpft; darüber hinaus betrachtet sie die Konfrontation besonders mächtiger Akteure als ein Kernelement politischen Handelns. Legt man diese drei Kriterien zur Einordnung privaten Konsumverzichts an, ist dieser offensichtlich kein geeignetes Mittel, politischer Verantwortung nach Young gerecht zu werden. Diese Implikation des Youngschen Theoriegebäudes für die Kernfrage dieses Beitrags soll im Folgenden auch nicht in Frage gestellt werden.⁹

9 Ich halte es für unentscheidbar, ob Young privaten Konsumverzicht für *moralisch indifferent* oder für eine zwar wünschenswerte, aber moralisch nicht gebotene und *grundsätzlich unvollständige Ergänzung* zur Übernahme politischer Verantwortung hielt (siehe Young 2004: 386; 2011: 88f.). Aus meiner Sicht ist für die Frage dieses Beitrags deswegen letztlich auch nur relevant, dass privater Konsumverzicht aus den genannten Gründen für Young niemals eine *hinreichende* Erfüllung politischer Verantwortung darstellen konnte.

Stattdessen soll jedoch erfragt werden, ob Konsumverzicht *unter anderen Bedingungen* (sprich: anders als privat praktiziert) nicht sehr wohl als Übernahme politischer Verantwortung verstanden werden könnte. Dabei sei erst einmal angemerkt, dass die Einordnung bestimmter Sachverhalte oder Handlungen als (un)politisch unter *Bürger*innen* (liberaler Demokratien) keinesfalls einstimmig erfolgt (Fitzgerald 2013). Dementsprechend lassen sich in den letzten Jahrzehnten vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements beobachten, die zwar gerade nicht in klassische Schemata regierungszentrierten Handelns passen, von den entsprechenden Bürger*innen aber trotzdem als politische Partizipation aufgefasst werden. Beispiele wären etwa Repair-Cafés, Foodsharing-Initiativen oder Aufklärungsarbeit über Social Media.¹⁰ Diese Pluralisierung politischer Selbstverortungen ist zwar kein Argument sine qua non, sich solchen Vorstellungen auch in akademischer Theoriebildung voreilig anzuschließen, aber sie bietet doch Anlass, die entsprechenden Grenzziehungen vor dem Hintergrund sich verändernder sozialer Verhältnisse einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Ich möchte mich dabei in meiner Darstellung insbesondere auf solche Projekte beziehen, die in bewusster Abgrenzung zum liberal-kapitalistischen Status quo eine alternative Wirtschafts- und Lebensweise im Hier und Jetzt durch gelebte Praxis anzudeuten versuchen. Als solche »radikalen« Alternativen können beispielsweise die Commons-Bewegung, solidarische Landwirtschaften, die Einzelprojekte der Transition-Town-Bewegung oder Ökosiedlungen gesehen werden, die sich radikal-(wirtschafts)demokratischen, suffizienten, kommunitär-gemeinschaftlichen Lebensformen oder allem auf einmal gewidmet sehen. Mit Schiller-Merkens (2024) können diese Gruppen als Teil einer »politics of preconfiguration« konzeptualisiert werden: Sie nehmen die Vision einer Gesellschaft grundsätzlich anderen Charakters bereits in der Gegenwart vorweg, indem sie (mit) deren Prinzipien im Kleinen experimentieren und verkörpern. Der politische Charakter dieser Projekte besteht dabei darin, dass sich die Beteiligten nicht aus subjektiver Präferenz ein bequemes Leben jenseits der Mehrheitsgesellschaft aufbauen, sondern sich aus sozialer Verantwortung heraus für eine Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse einsetzen. Der Status quo wird als gesamtgesellschaftlich destruktiv wahrgenommen, woraus sich die Notwendigkeit alternativer Formen kollektiver Selbstorganisation ergibt (Schiller-Merkens 2024: 465). Der Unterschied zur »politics of contestation« besteht somit primär darin, dass anstelle

10 Eine Systematisierung bieten van Deth 2014 und Moor 2017.

des Appells an politische Autoritäten die Irritation der Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund steht: »prefigurative movements end-up (re)politicizing what is usually non-politicized: everyday life, the spaces of private, economic and social (re)production through conscious processes of organization and not-necessarily through confrontational actions« (Monticelli 2018: 511, Hervorhebung im Original). Tiefgreifende gesellschaftliche Normen und kulturelle Selbstverständlichkeiten werden in Frage, Alternativen in den Raum des Möglichen gestellt.

Radikale, auf praktische Umsetzung im Hier und Jetzt fokussierte Projekte verweigern sich also den Normen industriellen Massenkonsums.¹¹ Beteiligte versuchen, nachhaltige, inklusive und faire Produktionsweisen zu etablieren und sich so der Verstrickung in die sozialen und ökologischen Krisen der Spätmoderne zumindest teilweise zu entziehen. Dabei entscheiden sie sich bewusst gegen (sprich: sie verzichten auf) vielfältige Konsumgüter des industriellen Kapitalismus: Autos, Fast Fashion, Kohlestrom – die Liste ließe sich je nach Projekt fortsetzen. Gleichzeitig dient die Beteiligung aber eben nicht der individuellen Gewissensbereinigung, sondern ist zumindest dem Selbstverständnis nach auf strukturellen gesellschaftlichen Wandel ausgerichtet. Kann solch »kollektiv-transformativer Konsumverzicht« also eine adäquate Handhabung Youngscher politischer Verantwortung sein, wenn er doch zugleich die aktive Konfrontation mit Konzernen und Regierungen scheut?

Nun ist es in der Tat richtig, dass Young in den allermeisten Fällen Formen von »contentious politics« zur Illustration gelebter politischer Verantwortung nutzt. Auf der anderen Seite steht ein solch einseitiger Fokus auf den Konflikt mit besonders mächtigen Akteuren – oder gar ausschließlich staatlichen Institutionen – jedoch quer zu der Bedeutung, die sie ursprünglich einmal den vielfältigsten ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen in der Entstehung struktureller Ungerechtigkeit zugewiesen hatte. Es scheint, als würde in Youngs Veranschaulichung politischer Verantwortung doch wieder das politische System zum Zentrum und der Spitze moderner Gesellschaften erklärt werden; ihre *Sozialontologie* hingegen hatte noch die Eigenständigkeit und wechselseitige Verflechtung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen betont.

Youngs Zurückweisung einer Vorstellung von Struktur als einer kleinen Gruppe über-individueller Institutionen, die den maßgeblichen Rahmen für

11 Zumindest in den oben genannten Beispielen – die Projekte sind freilich so vielfältig, dass nicht in allen die Schonung natürlicher Ressourcen im Fokus steht.

alles soziale Handeln vorgibt, ist aus dieser Perspektive nur konsequent. Vor diesem Hintergrund muss auch die bereits oben zitierte Passage gelesen werden: »To understand how injustice is produced and reproduced, however, we must also look to the rules and practices of business, communications media, and the leisure and consumption tastes of ordinary people« (ebd.: 142). Die Aufhebung von Ungerechtigkeit setzt eine Transformation *all dieser* Hintergrundstrukturen voraus.

Somit erschließt sich auch eine neue Einordnung der Praktiken ›kollektiv-transformatorischen Konsumverzichts‹: Beteiligte arbeiten gemeinsam an einem Wandel gesellschaftlicher Normen, Zukunftsvorstellungen, Welt- und Selbstbilder. Sie begeben sich dabei nicht in Isolation von der Mehrheitsgesellschaft, sondern suchen aktiv den Austausch mit ihren Mitbürger*innen, welche sie dabei zugleich produktiv irritieren. Die entsprechende Analyse der ökologischen Krise macht vielfältige soziale Treiber derselben sichtbar: etwa die Verquickung von Freiheit mit dem motorisierten Individualverkehr oder der Anspruch auf eigene Wohnfläche jenseits von Familie oder Wohngemeinschaften (Röpke 2010: 109). Indem sie auf diese Hintergrundbedingungen aufmerksam machen und zu einer Umstrukturierung grundlegender sozialer Verhältnisse beitragen, übernehmen die Beteiligten politische Verantwortung ganz im Sinne Youngs.

Die Reichweite der politischen Sphäre (»des Politischen«) und damit politischer Verantwortung erstreckt sich aus dieser Perspektive unweigerlich jenseits des begrenzten Bereichs eines einzelnen gesellschaftlichen Funktionssystems zentralisierter Macht und Entscheidungsgewalt (»der Politik«) (siehe Bedford 2010). Diese Grundannahme ist auch mit Blick auf den weiteren Theoriekörper Youngs nur konsequent: Bereits in »Justice and the Politics of Difference« umfasste das Politische für Young »all aspects of institutional organization insofar as they are potentially subject to collective decision« (Young 1990: 8).

Die oben genannten Passagen wären demzufolge nicht als Definition des Geltungsbereichs politischer Verantwortung zu lesen. Sie arbeiten lediglich eine spezifische Dynamik heraus, die aus Youngs Sicht Erfolgsbedingung jeder polit-ökonomischen Kampagne für strukturellen Wandel darstellt. Ihr zugrunde liegendes Konzept struktureller Ungerechtigkeit dezentriert deren Ursachen jedoch radikal, was politische Verantwortungsübernahme jenseits einzelner funktionaler Subsysteme ermöglicht.

5. Schluss

In der Frage nach individueller Verantwortung für die globalen Krisen des 21. Jahrhunderts verdichten sich zentrale Probleme der politischen Theorie. Das Verhältnis von Struktur, Handlung und Makrophänomenen wurde dabei zu Beginn ins Zentrum dieses Beitrags gerückt; ein erster Problemumriss befragt aber auch die Reichweite von Gerechtigkeitspflichten¹² oder der Sphäre des Politischen. Und auch wenn Verantwortung Einzelner für strukturelle Ungerechtigkeiten verteidigt werden kann, so wirft dies die Folgefrage auf, mittels welcher subjektiver Dispositionen sie erfolgreich erfüllt werden würde. Wenn die Verantwortung für eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation allein auf Individuen lastet, drohen deren privaten Lebensziele angesichts kollektiver Notwendigkeiten schnell in den Hintergrund zu treten. Das liberale Recht auf private Selbstentfaltung läuft Gefahr, im Sog republikanischer Pflichten zu verschwimmen.

Die politische Theorie Iris Marion Youngs bietet einen Versuch, diese Fragen systematisch zu ergründen und befreit somit von der Last, zu allen Einzelproblemen gesondert Stellung nehmen zu müssen. Für Young wird die beschriebene Problematik keineswegs nur von jüngeren Phänomenen ökonomischer Globalisierung aufgeworfen: Vielmehr sind strukturelle Ungerechtigkeiten ein allgegenwärtiges Phänomen komplexer menschlicher Zusammenhänge, die ihre Mitglieder über deren alltägliche Handlungen unweigerlich in Ungerechtigkeiten verwickeln. Weil sie diese aber auch nicht kausal verursachen, spricht Young sie von moralischer Schuld im engeren Sinn frei. Stattdessen tragen sie gemeinsam eine zukunftsgerichtete politische Verantwortung, strukturelle Prozesse gerechter zu gestalten. Da diese letztlich auf sozialer Verbundenheit und nicht Zugehörigkeit zum selben politischen Gemeinwesen beruht, öffnet sie gleichsam den Weg für Gerechtigkeitspflichten globaler Reichweite. Young konstatiert an dieser Stelle eine unauflösliche Spannung zwischen unterschiedlichen Verantwortlichkeiten (gegenüber sich selbst, Menschen im unmittelbaren Umfeld, sowie den zahlreichen Verantwortungen politischer Natur), die alle prima facie Legitimität genießen. Diese auszutarieren und geeignete Mittel zu ihrer Erfüllung zu finden, obliegt dabei der Entschlusskraft des individuell situierten Individuums. Damit gibt sie zwar effektiv die Aufgabe philosophischer Theoriebildung

12 Siehe hierzu auch die in Broszies und Hahn (2010) dokumentierte Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus.

an subjektive Entscheidungen ab, wird aber gleichzeitig dem einzigartigen lebensweltlichen Kontext jedes moralischen Subjektes gerecht.

Das spezifische Argument dieses Beitrags war es, daran anschließend im Kontext ökologischer Überlastung eine bislang (weitestgehend) vorausgesetzte Dichotomie zwischen privatisierender Konsum- und massenmobilisierender Systemkritik aufzubrechen und stattdessen zu fragen, inwiefern nicht auch Konsumverzicht eine angemessene Erfüllung Youngscher politischer Verantwortung darstellen kann. Ihre expliziten Formulierungen scheinen zwar allen solchen Versuchen eine Absage zu erteilen, die sich der Verstrickung in Ungerechtigkeit durch Verzicht zu entziehen suchen. Politische Verantwortung kann nur durch eine gemeinsam angestrebte Transformation ursächlicher Hintergrundstrukturen erfüllt werden. Youngs Sozialontologie pluralisiert diese Strukturen allerdings in dem Maße, dass politische Gesetze und Institutionen nicht mehr als alleiniges Steuerungszentrum moderner Gesellschaften gelten können. Stattdessen stellt sie unter anderem soziale Normen als unabhängige Treiber struktureller Ungerechtigkeit in den Vordergrund. Gruppen, denen in diesem Beitrag »kollektiv-transformatorischer Konsumverzicht« unterstellt wurde, greifen gerade hier in strukturelle soziale Prozesse ein: Ihre kollektive Praxis und aktive Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft zielen darauf ab, als destruktiv wahrgenommene kulturelle Selbstverständlichkeiten zunächst aufzubrechen und schließlich zu überwinden. Damit arbeiten die Beteiligten aktiv an einer Transformation sozialer Strukturen und übernehmen so politische Verantwortung. Die entsprechende Entgrenzung der politischen Sphäre trägt dabei lediglich den vielfältigen sozialen Strukturen Rechnung.

In Youngs Analyse (rückwärtsgewandter) Verantwortlichkeit für strukturelle Ungerechtigkeit wird diese also derart diffus auf unzählige soziale Strukturen und einzelne Akteure verteilt, dass eine ähnlich breite Streuung zukunftsgewandter Verantwortung unausweichlich erscheint. Wo politische Institutionen weder de facto fähig sind, eine Überwindung struktureller Ungerechtigkeit anzuleiten, noch dazu in der Lage sein können, sind eben alle gefragt, in den vielfältigsten Kontexten politische Verantwortung zu übernehmen. Dieser als einseitig wahrgenommene Fokus auf Akteure und Handlungen des Alltags hat beispielsweise Maeve McKeown (2024) zu der Ansicht gebracht, Young individualisiere letztlich genuin polit-ökonomische Fragen übergebühlich. Insbesondere Youngs allgemeines Diktum, Strukturen würden nur durch Handlungen (re)produziert, erweckt den Anschein, alle relevanten Strukturen seien allein durch die Handlungen gewöhnlicher

Individuen erzeugt worden. Demgegenüber zeigt McKeown den Gestaltungsspielraum auf, den insbesondere multinationale Konzerne hinsichtlich der Spielregeln der globalen politischen Ökonomie haben. Diese Regeln sind Konsumententscheidungen des Alltags vorgängig; zudem kann McKeown Konzernen auch eine bewusste Beeinflussung der Regeln im eigenen Interesse nachweisen. In anderen Worten nutzen Konzerne ihre Vormachtstellung(en) in der globalen Ökonomie aus, um entsprechende Ungerechtigkeiten aktiv zu zementieren. Damit kommt ihnen (analytisch betrachtet) eine Funktion in ungerechten Systemen zu, die auch eine eigenständige Konzeption von moralischer Verantwortung erfordert (McKeown 2024, insbesondere Kapitel 2 und 3). Diese stünde zwar in einem Verhältnis der Komplementarität (statt der Rivalität) zu rein individueller Verantwortung; ihre Abwesenheit in Youngs Theorie ist aber dennoch eine erstaunliche Leerstelle.¹³ Und letztlich schiene bei einer solch herausragenden Position multinationaler Konzerne innerhalb des derzeitigen polit-ökonomischen Systems auch wieder die Bedeutung zu wachsen, die einer Konfrontation eben jener Akteure durch eine kritische Zivilgesellschaft zukommt. Die entsprechenden Nuancen einer vollständigen Theorie der Verantwortlichkeit auszuloten, kann nicht das Ziel dieses Beitrags sein. Als Ausblick auf ein komplexeres Modell politischer Verantwortung kann dieser abschließende Gedanke jedoch einen Schlusspunkt setzen.

Literaturverzeichnis

- Beck, Valentin (2023): »Two Forms of Responsibility: Reassessing Young on Structural Injustice«, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 26 (6), S. 918–941.
- Bedorf, Thomas (2010): »Das Politische und die Politik: Konturen einer Differenz«, in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin: Suhrkamp, S. 13–37.
- Boscov-Ellen, Dan (2020): »A Responsibility to Revolt? Climate Ethics in the Real World«, in: *Environmental Values* 29 (2), S. 153–174.
- Broome, John (2012): *Climate Matters. Ethics in a Warming World*, Cambridge: Cambridge University Press.

13 Wenn sie länger gelebt hätte, hätte Young ihre Theorie natürlich möglicherweise weiter ausdifferenziert; siehe zum Beispiel Young 2011: 151.

- Broszies, Christoph/Hahn, Henning (Hg.) (2010): *Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Climate Action Tracker (2023): *Warming Projections Global Update*. December 2023. https://climateactiontracker.org/documents/1187/CAT_2023-12-05_GlobalUpdate_COP28.pdf
- Cripps, Elizabeth (2013): *Climate Change and the Moral Agent. Individual Duties in an Interdependent World*, Oxford: Oxford University Press.
- Cripps, Elizabeth (2020): »Individual Climate Justice Duties. The Cooperative Promotional Model & Its Challenges«, in: Jeremy Moss/Lachlan Umbers (Hg.), *Climate Justice and Non-State Actors. Corporations, Regions, Cities, and Individuals*, London/New York: Routledge, S. 101–117.
- Ferguson, Ann/Nagel, Mechthild (Hg.) (2009): *Dancing with Iris. The Philosophy of Iris Marion Young*, Cary: Oxford University Press Incorporated.
- Fitzgerald, Jennifer (2013): »What does ›Political‹ Mean to You?«, in: *Political Behavior* 35 (3), S. 453–479.
- Fraginière, Augustin (2016): »Climate Change and Individual Duties«, in: *WIREs Climate Change* 7 (6), S. 798–814.
- Gardiner, Stephen (2017): »Accepting Collective Responsibility for the Future«, in: *Journal of Practical Ethics* 5 (1), S. 22–52.
- Gardiner, Stephen M. (2011): *A Perfect Moral Storm. The Ethical Tragedy of Climate Change*, New York: Oxford University Press.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Berkeley: University of California Press.
- Gould, Carol C. (2009): »Varieties of Global Responsibility: Social Connection, Human Rights, and Transnational Solidarity«, in: Ferguson/Nagel, *Dancing with Iris.*, S. 199–212.
- Grunwald, Armin (2018): »Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet. Ein Beispiel fehlhlaufender Responsibilisierung«, in: Anna Henkel et al. (Hg.), *Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung*, Bielefeld: transcript, S. 421–436.
- Hannen, Petra (2013): *Der schlafende Riese ist erwacht*, in: *Akzente* 04/2013, S. 14–24.
- Heimerdinger, Timo (2022): »Bescheidenheit, Genügsamkeit, Verzicht«, in: *Praktische Theologie* 57 (2), S. 76–81.
- Jäger, Anton (2023): *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen*, Berlin: Suhrkamp.

- Jamieson, Dale (1992): »Ethics, Public Policy, and Global Warming«, in: *Science, Technology, & Human Values* 17 (2), S. 139–153.
- Klein, Naomi (2015): *This Changes Everything: Capitalism vs. The Climate*, New York: Simon & Schuster.
- Lamla, Jörn (2006): »Politisierter Konsum – konsumierte Politik. Kritikmuster und Engagementformen im kulturellen Kapitalismus«, in: Jörn Lamla/Sighard Neckel (Hg.). *Politisierter Konsum – konsumierte Politik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–37.
- Lepenius, Philipp (2022): *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*, Berlin: Suhrkamp.
- Maltis, Aaron (2013): »Radically Non-Ideal Climate Politics and the Obligation to at Least Vote Green«, in: *Environmental Values* 22 (5), S. 589–608.
- McKeown, Maeve (2024): *With Power Comes Responsibility. The Politics of Structural Injustice*, London: Bloomsbury.
- Monticelli, Lara (2018): »Embodying Alternatives to Capitalism in the 21st Century«, in: *tripleC: Communication, Capitalism & Critique. Open Access Journal for a Global Sustainable Information Society* 16 (2), S. 501–517.
- Moor, Joost de (2017): »Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation«, in: *Acta Politica* 52 (2), S. 179–197.
- Niesen, Peter/Eckes, Tim (2013): »Einleitung. Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung. Iris Marion Youngs Theorie politischer Normativität«, in: Peter Niesen (Hg.), *Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung. Iris Marion Youngs Theorie politischer Normativität*, Baden-Baden: Nomos, S. 7–30.
- Nolt, John (2011): »How Harmful are the Average American's Greenhouse Gas Emissions?«, in: *Ethics, Policy & Environment* 14 (1), S. 3–10.
- Nussbaum, Martha C. (2009): »Iris Young's Last Thoughts on Responsibility for Global Justice«, in: Ferguson/Nagel, *Dancing with Iris*, S. 133–146.
- Ratliff, Dane (2008): »Verzichtsethik«, in: Peter Precht/Franz-Peter Burkard (Hg.), *Metzler Lexikon Philosophie. Begriffe und Definitionen*. 3. Aufl., Stuttgart/Weimar: Verlag J.B. Metzler, S. 660.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*. Original Edition, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Røpke, Ines (2010): »Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors«, in: Irmi Seidl/Angelika Zahrnt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 103–116.
- Sardo, Michael Christopher (2023): »Responsibility for Climate Justice: Political not Moral«, in: *European Journal of Political Theory* 22 (1), S. 26–50.

- Schiller-Merkens, Simone (2024): »Prefiguring an Alternative Economy: Understanding Prefigurative Organizing and its Struggles«, in: *Organization* 31 (3), S. 458–476.
- Sparenborg, Lukas (2022): »Power Concedes Nothing without a Demand«. *The Structural Injustice of Climate Change*, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, S. 1–24.
- Stolle, Dietlind/Micheletti, Michele (2013): *Political Consumerism. Global Responsibility in Action*, New York: Cambridge University Press.
- Tan, Kok-Chor (2015): »Individual Duties of Climate Justice under Non-Ideal Conditions«, in: Jeremy Moss (Hg.), *Climate Change and Justice*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 129–147.
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney G. (2015): *Contentious Politics*, New York: Oxford University Press.
- van Deth, Jan W. (2014): »A Conceptual Map of Political Participation«, in: *Acta Politica* 49 (3), S. 349–367.
- Wegst, Ulrich (2021): *Keine Angst vorm Verzicht. Ein Plädoyer für die wichtigste Kulturtechnik des 21. Jahrhunderts*, Marburg: Büchner.
- Young, Iris Marion (1990): *Justice and the Politics of Difference*, Princeton: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion (2003): *Political Responsibility and Structural Injustice. Lindley Lectures*, University of Chicago. <https://kuscholarworks.ku.edu/bitstream/handle/1808/12416/politicalresponsibilityandstructuralinjustice-2003.pdf?sequence=1>.
- Young, Iris Marion (2004): »Responsibility and Global Labor Justice«, in: *Journal of Political Philosophy* 12 (4), S. 365–388.
- Young, Iris Marion (2006): »Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model«, in: *Social Philosophy and Policy* 23 (1), S. 102–130.
- Young, Iris Marion (2011): *Responsibility for Justice*, Oxford: Oxford University Press.